

14. Okt.



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0886890

P/XIV/233 - 14. Oktober 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	Der Kanzler und Polen Verzicht auf eigene Initiative	44
2 - 3	Lateinamerika in Wandlung Von Max Dismant	103
4 - 5	Der unheilvolle Bundesinnenminister Bedrohte Rundfunk- und Pressefreiheit	66
6 - 7	Belgrad feiert Pankow Von unseren Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher	57

* * *
* *

Der Kanzler und Polen

G.M. Bundeskanzler Dr. Adenauer will es der weltpolitischen Entwicklung überlassen, wann zwischen Deutschland und Polen gute und freundschaftliche Beziehungen gepflegt werden können. So äusserte er sich vor dem Verein der ausländischen Presse in Bonn.

Diese Bemerkung des Bundeskanzlers ist ein erneutes Bekenntnis zum Status quo und die ausdrückliche Verzichtserklärung auf eigene Initiative bei der Gestaltung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den Staaten im Ostblock.

Da der Bundeskanzler die Richtlinien der Politik bestimmt, ist anzunehmen, dass diejenigen Diplomaten im Bonner Auswärtigen Amt und diejenigen CDU-Politiker, die sich für die Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den Ostblockstaaten einsetzen, jetzt schweigen werden, wenn sie nicht der Ungnade des Regierungschefs ausgesetzt sein wollen. Es ist hinreichend bekannt, dass die Problematik der vom Kanzler vor dem Verein der Auslandspresse angesprochenen Fragen keineswegs so einhellig negativ beurteilt wird, wie es der Kanzler darzustellen beliebt. Die Befürworter einer neuen und geschmeidigeren Politik gegenüber den Ostblockstaaten befürchten nämlich, dass der jetzt offiziell ausgesprochene Verzicht auf eine neue Politik besonders in Warschau - aber auch in Prag, Budapest, Bukarest und Sofia - zu einer wachsenden Interessenlosigkeit an der Herstellung normaler Beziehungen zur Bundesrepublik führen wird.

In zahlreichen Gesprächen mit namhaften polnischen Persönlichkeiten wurde in letzter Zeit immer häufiger darauf hingewiesen, dass Warschau selbstverständlich auch ohne diplomatische Beziehungen zu Bonn auskommen kann. Wenn sich diese Haltung versteift und eines Tages zum Bestandteil der offiziellen polnischen Politik werden sollte, dann bleibt die sogenannte DDR in den Ostblockstaaten die einzige Vertreterin Deutschlands, dann werden dort alle Deutschland betreffenden Fragen ausschliesslich vom Gesichtspunkt der Interessen der Zonenrepublik behandelt. Die Isolierung der Bundesrepublik vom politischen Geschehen jenseits der Zonengrenzen wird dann vollständig sein.

Man soll sich auch nicht der Illusion hingeben, dass etwa die westlichen Alliierten der Bundesrepublik den freiwilligen Verzicht auf eigene Initiative Bonns im Osten honorieren würden. Fast zur gleichen Stunde, da Dr. Adenauer vor der Auslandspresse sprach, erklärte der französische Ministerpräsident Debré in der Pariser Nationalversammlung, Frankreich sei für die Aufrechterhaltung des Status quo, der unter anderem auch die Achtung der Grenzen, einschliesslich derer, die man Oder-Neisse-Linie nennt, beinhalte. Diese Wiederholung des bereits bekannten Standpunktes de Gaulles ist der deutlichste Hinweis darauf, wie sehr Warschau bereits in Paris über den Kopf der Bundesrepublik hinweg Zustimmung für eine bisher nur von der sogenannten DDR vertretene These gefunden hat.

Lateinamerika in Wandlung

Von Max Diamant

Die wachsende Bedeutung Lateinamerikas in der Außenpolitik ist in diesen Wochen auf eine bemerkenswerte Weise öffentlich bestätigt worden. Als Vorsitzender des politisch so bedeutsamen Abrüstungsausschusses der UNO, der jetzt je fünf Vertreter der Westmächte und des Sowjetblocks um den Verhandlungstisch vereinigt, ist der Mexiko-Vertreter und frühere Außenminister Senior Padilla Nervo bestellt worden. Zum Präsidenten der jetzigen Vollversammlung der UNO wurde der peruanische Delegierte Dr. Victor Andres Belaunde gewählt. Außerdem fungieren an der Spitze zweier Hauptkommissionen der jetzigen Vollversammlung zwei lateinamerikanische Vertreter, die der Kommission für Wirtschafts- und Finanzangelegenheiten und der für Rechtsfragen vorstehen.

Unser lateinamerikanischer Korrespondent wird künftig zusammenfassend Übersichten über die Entwicklung und die Ereignisse in den einzelnen Ländern Lateinamerikas unter dieser Überschrift veröffentlichen.

Verschärfung - als Auswirkung der USA-Krise

Im politischen Aspekt dominiert heute in den meisten lateinamerikanischen Ländern eine tiefe Gärung als Folgeerscheinung der Nachwirkungen der nordamerikanischen Wirtschaftskrise und des bedeutenden Preissturzes der lateinamerikanischen Rohstoffe. Dollarknappheit, Absatzschwierigkeiten und steigende Preise, zum Teil aber galoppierende Inflation, haben in vielen Ländern des lateinamerikanischen Kontinents die politische und soziale Situation verschärft. Noch mehr als in bisherigen hier üblichen Ausmaß ist die Labilität und die politische Unsicherheit für eine Reihe lateinamerikanischer Regierungen auf diese jüngste Entwicklung zurückzurufen. Brasilien ist in dieser Hinsicht ein aufschlußreiches Beispiel. Besonders dramatisch stellt sich dieses Problem in Argentinien, da hier die Lage durch das nachwirkende Erbe der peronistischen Demagogie und durch das offene Zusammenspiel der kommunistischen und peronistischen Agitatoren bedeutend verschärft wird. Andere lateinamerikanische Länder suchen ihre inneren Schwierigkeiten durch kräftige Ausfälle nach außen für ihre eigene Gefolgschaft oder Öffentlichkeit abzuschwächen oder zu verwischen. Ein Prototyp dieser Art lateinamerikanischer Regierungspolitik, die in Wirklichkeit auf die Dauer politische Spannungen im Lande noch weiter ausbreitet, ist der präsidiierende General Ydigoras von Guatemala.

Endkampf der lateinamerikanischen Diktaturen

Nachdem in den letzten drei Jahren fünf der stärksten und bestausgerüsteten lateinamerikanischen Diktaturen hinweggefegt wurden, steht hier in Bewußtsein der Volksmassen und der führenden Kräfte jugendlicher und intellektueller Aktivisten als zentrales politisches Problem der nächsten Zeit, wie das Ende der letzten noch in Lateinamerika verbleibenden Diktaturen herbeigeführt werden kann.

In Wirklichkeit ist der Wille, der heute besonders aktiv von Seiten Kubas und Venezuelas proklamiert wird, mit den Diktaturen der Generaldynastien Trujillo in Santo Domingo und Somozas Schluß zu machen,

zugleich ein Stück eigener Existenzkampf dieser Regierungen. Denn der Generalissimus Trujillo und die Sonozas lassen keine Gelegenheit ungenutzt, um durch Unterstützung verbündeter Elemente in den verschiedensten lateinamerikanischen Ländern ungekehrt die eigene Position zu stärken. Aufstände in Honduras, Komplotts in Peru, Verschwörung in Guatemala und nicht zuletzt Attentate an den verschiedensten Stellen und kombinierte Aktionen lurpenproletarischer Elemente haben hier und da den Diktator von Santo Domingo und seine Fonds zum Inspirator. Nicht umsonst hat der frühere argentinische Diktator General Juan Peron, unter dessen Fahnen heute die argentinischen Kommunisten zusammen mit ihren politischen Verbündeten aus dem peronistischen Lager Arbeiterstreiks anzetteln und Bombenattentate durchführen, seinen Sitz auf der Insel Santo Domingo. Die noch amtierenden und die bereits gestürzten lateinamerikanischen Diktatoren führen gemeinsam einen verzweifelten Endkampf um ihre Positionen.

Lateinamerikanischer Druck auf die USA

Einen nicht unbedeutenden Faktor stellen in der Gärungsstimmung, die in Lateinamerika vorherrscht, die Ressentiments gegen die USA dar. Es handelt sich um Stimmungen, wie zum Teil aus historischen Zusammenhängen, zum Teil als Rückwirkung auf eine jahrzehntelange engstirnige imperialistische Praktik und neuerdings auch gespeist durch den Widerstand bedrohter Interessen der jungen lateinamerikanischen Ökonomien heute große Volksschichten erfassen. Zwischen der aufkommenden Einsicht in den USA, daß eine Änderung der nordamerikanischen Haltung gegenüber Lateinamerika dringlich ist, und der zögernden Bereitschaft der Eisenhower-Regierung, schnell und gründlich eine Änderung durchzuführen, klafft noch ein großer Abstand. Unter dem Eindruck dieser zögernden und nur schrittweise erfolgenden Umstellung der nordamerikanischen Politik in Lateinamerika werden hier selbst genäßigte Regierungsvertreter zu Sprechern der allgemeinen anti-nordamerikanischen Stimmungen und Ressentiments. Der neue Außenminister Washingtons, Christian Herter, sah sich letzthin auf der all-amerikanischen Außenministerkonferenz in Santiago de Chile veranlaßt, mit größter Zurückhaltung aufzutreten. Bei der allgemeinen Debatte der jetzigen Vollversammlung der Vereinten Nationen gab der Chefdelegierte Brasiliens, der Finanzminister Augusto Frederico Schmitt, die Erklärung ab, er hätte in den Vereinigten Staaten eine Mauer des Schweigens angetroffen, immer dann, wenn es sich darum handelte, über die Probleme Lateinamerikas zu reden. Abschließend erklärte er: "Wir können nicht länger warten. Wir müssen unsere Probleme darum selbst zu lösen suchen". Der südamerikanische Regierungsvertreter fügte noch hinzu, offensichtlich interessieren sich die USA mehr für die Fragen des Mordes als für Lateinamerika.

Kuba: Waffenlieferungen und Politik

Die Zeitung "Die Revolution", das offizielle Organ der Bewegung 26. Juli Fidel Castros, veröffentlichte einen Angriff gegen die Länder, die sich weigerten, der neuen kubanischen Regierung Waffen zu liefern. Die Zeitung läßt durchblicken, daß diese Haltung auf Schritte seitens des Washingtoner State Departements zurückzuführen ist, die die "Spannungen in der karibischen Zone" zum Vorwand hätten. Die Länder, die in diesem Zusammenhang der Unwillen des Sprachrohrs Fidel Castros hervorgerufen haben, sind: Frankreich, England, Österreich, Schweden, Dänemark, Norwegen, Westdeutschland und die Schweiz. "Viele dieser Regierungen hatten aber keine Einwendungen, der Diktatur-Regierung Batistas Waffen zu liefern", stellt die Zeitung fest. Doch fügt sie hinzu, daß weder Italien noch Belgien geneigt seien, sich diesem "pazifistischen Block" anzuschließen, der von England gegen Kuba geführt wird.

Der unheilvolle Bundesinnenminister

sp - "Es gibt keine staatlichen Eingriffe in die Pressefreiheit", erklärte Dr. Gerhard Schröder, Bundesminister des Innern, kühn vor der Jahresversammlung der deutschen Zeitungsverleger am 24. September 1958 in Aachen. Er wage sogar zu behaupten, daß auch nur der Versuch zu solchen Eingriffen nicht zu verzeichnen sei.

Dr. Gerhard Schröder hatte den "Fall Platow" vergessen und den ersten Entwurf des Bundesinnenministeriums für ein Bundespressegesetz. Er wußte in diesen Augenblick nichts mehr von der Absicht der Bundesregierung im Jahre 1952, durch die Einfügung eines § 137 b in das Strafgesetzbuch, die Berichterstattung und Kritik in der Presse an gerichtlichen Verfahren zu beschränken; nichts von den Kautschuk-Bestimmungen des Schutz- und Schundgesetzes, von der Beschlagnahme des "Spiegel" wegen eines Artikels über Ministerialrat Blankenhorn und den Bundeskanzler, vom Gesetzentwurf seines Ministeriums zur Bekämpfung verfassungsfeindlicher Druckschriften, Filme und Veröffentlichungen, der unter dem Druck der öffentlichen Meinung zurückgezogen werden mußte. Die mehrfach vorbereitete Schaffung eines Informationsministeriums oder Koordinierungsausschusses, das Verbot des Films "Bis fünf Minuten nach Zwölf", die "Lex Soraya", das Bundeswehr-Maulkorbgesetz waren dem Gedächtnis des Ministers entfallen.

Mit solcher Vergeßlichkeit ausgezeichnet konnte Dr. Schröder in jener Aachener Rede auch behaupten: "Niemand von uns denkt daran, einen Staatsrundfunk zu errichten!"; obwohl zu jener Zeit in seinem Ministerium bereits eifrig an den Entwurf eines Bundesrundfunkgesetzes gearbeitet wurde, das ein Jahr später nicht nur Entrüstung bei der Opposition, sondern auch bei den Ländern erregt, Bedenken bei den Kirchen hervorgerufen und den Vorstand des Deutschen Journalisten-Verbandes zu einer Warnung vor allzu großem Einfluß des Staates auf Rundfunk und Fernsehen veranlaßt hat.

Der Bundesinnenminister hat eben sehr eigene Vorstellungen von der Pressefreiheit, der Freiheit der Berichterstattung in Rundfunk und Fernsehen sowie vom Staatsrundfunk, die sich nicht an den außerhalb seines Ministeriums anerkannten Kriterien messen lassen. Derart

ausgeprägte Scheuklappen-Weisheit läßt es nicht zu, etwa einen Blick über den Zaun des eigenen Gartens auf das Anwesen des benachbarten Justizministers zu werfen, der seine Entwürfe mit den interessierten Personen und Institutionen vertraulich zu beraten pflegt, ehe er sie in das Kabinett bringt.

Auf diese Weise wurde z.B. erreicht, daß der in Justizministerium geborene Entwurf eines Gesetzes über den zivilrechtlichen Persönlichkeits- und Ehreenschutz einige Giftzähne verlor. Er wird von Presse und Rundfunk gleichwohl inner noch abgelehnt; denn der Verdacht, man wolle auch hier der freien Meinungsäußerung Zügel anlegen, konnte bisher nicht entkräftet werden. Der beabsichtigte Einbruch in die Gesetzgebungskompetenz der Länder und damit die Aushöhlung der Länderpressegetze, die Benachteiligung der Bildberichterstattung, die enge Begriffsbestimmung der Aufgaben der Publizistik bei der Unterrichtung der Öffentlichkeit und der Kritik, die weite Fassung des Tatbestandes der Persönlichkeitsverletzung in Berichten aus den Bereich des Privat- und Familienlebens, die bedingungslose Schadensvermutung bei solchen Veröffentlichungen z.B. haben den Deutschen Presserat zu der Feststellung veranlaßt, daß der dem Bundestag jetzt vorliegende Entwurf zahlreiche und wesentliche Einwände der Presse gegen die Vorentwürfe nicht berücksichtigt habe. Die Regierungsvorlage enthalte gegenüber dem zweiten Referenten-Entwurf sogar eine Reihe von Verschärfungen, die geeignet seien, die Arbeit der Presse zu behindern.

"Es gibt keine staatlichen Eingriffe in die Pressefreiheit", proklamierte der Bundesinnenminister vor einem Jahr. Sein Entwurf eines Bundesrundfunkgesetzes wurde auch im Bundesministerium der Justiz überarbeitet. Dabei sind einige Bestimmungen, die allzu deutlich den Wunsch nach staatlichen Einfluß verrieten, geschickter formuliert worden. Sollte ungekehrt Dr. Schröder für die Verschärfungen verantwortlich sein, die anläßlich der Beratungen im Kabinett in den Entwurf für den zivilen Persönlichkeitsschutz gelangt sind?

Sein neuerliches Drängen nach einem "Notstandsgesetz" verstärkt den Eindruck von dem unheilvollen Einfluß des Bundesinnenministers.

Belgrad feiert Pankow

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

Nach vielen Monaten ideologisch-politischer Auseinandersetzung zwischen dem Ostblock und Jugoslawien, in der die DDR nicht am alleraktivsten mitwirkte, aber auch nicht in der letzten Reihe zu finden war, verdienen jugoslawische Haltung und Reaktion auf die "Zehn Jahre DDR" eine gewichtige Beachtung.

Während man aus ähnlichen Anlaß nach Peking nicht einmal eingeladen wurde, ja neue, in letzter Zeit lang nicht mehr gehörte Angriffe über sich ergehen lassen mußte, nahm eine jugoslawische Delegation in Ost-Berlin an den Veranstaltungen teil, ohne dabei gegen revisionistische Vorwürfe protestieren zu müssen. War das aus diesem Anlaß von Staatschef Tito gesandte Glückwunschtelegramm in den üblichen Formeln gefaßt, so fiel bei dem in Belgrad gegebenen Empfang auf, daß mit dem stellvertretenden Regierungschefs Kardelj, Ranković und Todorović die erste politische Garnitur Jugoslawiens fast vollständig vertreten war. Vorher bereits hatte die jugoslawische Presse das für sie völkerrechtlich gegebene Bestehen zweier deutscher Staaten überaus freundlich kommentiert, auf politische und wirtschaftliche Erfolge des ostdeutschen Regimes hinweisend.

Es ist an dieser Stelle oft genug berichtet worden, daß die jugoslawische Regierung nicht im geringsten geneigt ist, irgendeinen Kompromiß mit der Hallstein-Doktrin einzugehen. Zwar hat es auf dem Höhepunkt der anti-jugoslawischen Kampagne einige Belgrader Proteste in Pankow gegeben, aber selbst bei den im Anschluß daran geführten Geheimverhandlungen zwischen Bonn und Belgrad hat die jugoslawische Regierung auch nur ein vorübergehendes Einfrieren ihrer Beziehungen zu Ost-Berlin abgelehnt, währenddessen die diplomatischen Beziehungen zur Bundesrepublik hätten wiederhergestellt werden sollen.

Jetzt, da sich - bis auf China und Albanien - auch Ost-Berlin an die vom sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow geprägte Formel von "zwischenstaatlichen Waffenstillstand" mit Jugoslawien hält, sind die gegenseitigen Verstimmungen beträchtlich verringert worden. Im wirtschaftlichen Bereich ist es unlängst zum Abschluß eines langfristigen Handelsvertrages gekommen, was die Position der DDR als Jugoslawiens Handelspartner Nr. 2 innerhalb des Ostblocks nur noch festigen wird.

Daß sich Jugoslawien aus Anlaß der zehnjährigen deutschen Spaltung die Richtigkeit seiner Politik von vor zwei Jahren bescheinigen würde, war trotz aller Schwierigkeiten mit dem Ostblock zu erwarten gewesen. In publizistischen Kreisen hat man diese Tatsache durch den Hinweis modifiziert, daß die wünschenswerte Wiedervereinigung Deutschlands in allererster Linie Sache der Deutschen selbst sei und von den Großmächten nur gefördert werden könne. Bei einer solchen Einschätzung darf es nicht überraschen, wenn nicht nur in kommunistischen Jugoslawien, sondern eventuell auch einer Reihe von neutralen Staaten, Bonns moralischer Anspruch, dessen völkerrechtliche Grundlage vor zwei Jahren mit der Anerkennung Pankows durch Belgrad durchlöchert worden ist, schwindet, einziger Sprecher Deutschlands zu sein.

Nach der Begegnung zwischen Eisenhower und Chruschtschow hat man in Belgrad vergebens auf eine eigene Entspannungsgeste Bonns gewartet. Wenn man in Bonn über die jugoslawische Haltung auf die "Zehn Jahre DDR" enttäuscht sein mag, so sollte dabei berücksichtigt werden, daß man in Belgrad über die Bonner Zurückhaltung, zum Abbau des Kalten Krieges durch Taten und nicht nur Worte beizutragen, auch nicht erfreut ist.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel